

# Dr. Andreas Schockenhoff

für Ravensburg–Bodensee im Deutschen Bundestag



## Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 3 • 13. Februar 2009

### Thema der Woche

---

#### **Verabschiedung des zweiten Konjunkturpakets der Bundesregierung**

- Guttenberg: „Wirtschaftskrise, aber keine Systemkrise“ -

Der Bundestag hat heute das zweite Konjunkturpaket verabschiedet. Das Paket beinhaltet Investitionshilfen in Höhe von 50 Milliarden Euro, mit denen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise entgegensteuert werden soll. Zu den Investitionshilfen, die in dem von den Koalitionsfraktionen vorgelegtem Gesetzentwurf zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland enthalten sind, gehören unter anderem auch die „Abwrackprämie“ von 2.500 €, um den Verkauf von Neuwagen anzukurbeln, eine Absenkung des Eingangssteuersatzes von 15 auf 14 Prozent rückwirkend zum 1. Januar 2009 sowie ein einmaliger Kinderbonus für 2009 von 100 € pro Kind.

Zugleich verabschiedete der Bundestag heute den Nachtragshaushalt 2009 mit einer Neuverschuldung von 36,8 Milliarden €. Damit wird ein Teil der finanziellen Auswirkungen des Stabilitätspakets II für den Bund veranschlagt. Berücksichtigt werden insbesondere die Steuermindereinnahmen (Übergang Kfz-Steuer auf Bund und steuerliche Maßnahmen zum Konjunkturpaket: -2,2 Mrd. €) und der zusätzliche Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung (3,2 Mrd. €). Als „Platzhalter“ für erwartete Ausfälle im Rahmen des 100 Mrd. €-Schutzschirms für Unternehmen werden 1,5 Mrd. € eingestellt.

„Unser gewachsenes und unser Zukunftssystem ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft“, sagte der neue Wirtschaftsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) in seiner ersten Rede im neuen Amt in der Debatte um das Konjunkturpaket II und rief zu mehr Zuversicht auf. "Wir müssen nicht in Sack und Asche gehen", sagte Guttenberg. Deutschland habe eine Wirtschafts-, aber keine Systemkrise. Mit der Sozialen Marktwirtschaft sei Deutschland zu einer weltweit mitführenden Wirtschaftsnation aufgestiegen. Die ordnungspolitischen Leitplanken dürften

auch in dieser besonderen Situation nicht panisch abgerissen werden, sondern müssten nur in Teilen eingeeengt oder auch erweitert werden. Der Staat könne in dieser Situation nicht allein auf die Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz, dem ersten Konjunkturpaket im November letzten Jahres und dem jetzt verabschiedeten zweiten Konjunkturpaket sei noch nie so schnell und so entschlossen auf eine wirtschaftliche Krisensituation reagiert worden, sagte der Wirtschaftsminister.

Was den dritten Teil der heutigen Kernzeitdebatte, die Änderung des Grundgesetzes, anbetrifft, so wird ab Juli 2009 zudem die Kfz-Steuer verändert. Der Bundestag stimmte entsprechenden Gesetzentwürfen ebenso zu, wie in namentlicher Abstimmung der damit verbundenen Grundgesetzänderung, wonach die Einnahmen der Kfz-Steuer künftig dem Bund und nicht mehr den Ländern zufließen. Die Kfz-Steuer wird zukünftig nicht mehr nur nach Hubraum, sondern vor allem auch nach dem Kohlendioxid-Ausstoß erhoben. Die wichtigsten Elemente dieser Reform sind:

- ein (linearer) Steuersatz für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von zwei Euro g/km;
- eine Basismenge von CO<sub>2</sub>, die steuerfrei bleibt (2010 und 2011: 120 g/km; 2012 und 2013: 110 g/km; ab 2014: 95 g/km)
- ein hubraumbezogener Sockelbetrag von 2,00 Euro je angefangene 100 ccm für Personenkraftwagen mit Otto-Motor und 9,50 Euro je angefangene 100 ccm für solche mit Diesel-Motor;
- befristete Steuerbefreiung im Wert von 150 Euro für Personenkraftwagen mit Dieselmotor, die vorzeitig die Abgasvorschrift Euro 6 erfüllen.

# Aus Plenum und Lobby

---

## **Verbessertes Meister-BAföG beschlossen**

In zweiter und dritter Lesung stand mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes eine Novellierung des sogenannten Meister-Bafögs zur Verabschiedung an, mit dem die Attraktivität der Aufstiegsförderung erhöht werden soll. Zukünftig werden Fortbildungswillige bei einer, aber nicht wie bislang nur bei der ersten Aufstiegsfortbildung gefördert. Wer bereits eine solche absolviert und selber finanziert hat, verwirkt damit nicht mehr automatisch den Anspruch einer Förderung durch den Staat. Außerdem orientiert sich die Förderung stärker am Erfolg der Fortbildung. Das bedeutet, dass zusätzlich zum bisherigen staatlichen Zuschuss von 30,5 Prozent zu den Fortbildungsgebühren zu Beginn eines Lehrgangs, bei bestandener Prüfung, auch 25 Prozent des Restdarlehens erlassen werden. Erzieherinnen und Erzieher sowie qualifizierte Fachkräfte in der Altenpflege sollen stärker in die Förderung einbezogen werden. Auch ist vorgesehen, die finanzielle Situation von Fortbildungswilligen mit Kindern weiter zu verbessern und die Förderlücke zwischen dem Lehrgangsende und dem Prüfungstermin durch eine bis zu drei Monate verlängerte Unterhaltsförderung zu schließen.

## **Versorgungsausgleich neu geregelt**

In zweiter und dritter Lesung haben wir in dieser Woche außerdem das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs (VAstrRefG). Die Regelungen zum Versorgungsausgleich, die die Verteilung von Rentenansprüchen zwischen den Eheleuten nach einer Scheidung regelt, waren reformbedürftig. Die gerechte Halbteilung der in der Ehe erworbenen Vorsorgeansprüche wurde häufig verfehlt, zudem waren die bisherigen Regelungen kompliziert und unübersichtlich geworden. Künftig soll jedes Anrecht systemintern geteilt werden, so dass es nicht mehr nötig sein wird, auf Grund von fehleranfälligen Prognosen alle auszugleichenden Versorgungen in Werte der gesetzlichen Rentenversicherung umzurechnen. Anrechte der betrieblichen und privaten Altersvorsorge können danach vollständig bei der Scheidung geteilt werden, was bislang nur teilweise möglich war. Außerdem erhalten die Eheleute größere Möglichkeiten und Spielräume, Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich zu schließen.

## **Bundestag unterstützt erkrankte Soldaten**

Die Betreuung von aktiven und ehemaligen Mitgliedern der Bundeswehr bei posttraumatischen Belastungsstörungen soll gestärkt und weiterentwickelt werden. Einen dahingehenden Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen hat der Bundestag am 12. Februar 2009 einstimmig angenommen. Darin wird unter anderem der Aufbau einer zentralen Ansprechstelle für Betroffene und deren Angehörige gefordert. Zudem sieht der Antrag vor, ein anonym und telefonisch in Anspruch zu nehmendes psychosoziales Beratungsangebot innerhalb der Bundeswehr einzurichten. Das Thema der posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) bei Bundeswehrangehörigen wurde zuletzt durch den ARD-Spielfilm „Willkommen zuhause“ in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt.

## **Frauen und Mädchen mit Behinderung wirksam vor Gewalt schützen**

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind im häuslichen Bereich und auch außerhalb einer erhöhten Gefahr ausgesetzt, Opfer von Gewalt, Körperverletzung oder Missbrauch, Verwahrlosung oder Vernachlässigung, Misshandlung oder Ausbeutung zu werden. Die Bundesregierung plant eine Untersuchung zum Ausmaß und Umfang von Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen. In einem gemeinsamen Antrag mit der SPD mit dem Titel „Frauen und Mädchen mit Behinderung wirksam vor Gewalt schützen und Hilfsangebote verbessern“ fordern wir die Bundesregierung auf, die Studie schnellstmöglich in Auftrag zu geben und einen Zwischenbericht vorzulegen, besondere Erfordernisse für die Inanspruchnahme von rechtlichen Schutzmöglichkeiten für Frauen und Mädchen mit Behinderung festzustellen und darüber zu berichten, damit ggf. notwendige rechtliche Regelungen zügig erarbeitet werden können. Auch soll die Öffentlichkeit durch geeignete Kampagnen, Projekte oder andere Maßnahmen für das Thema sensibilisiert werden.

## **Zitat**

«Jetzt sag ich mal salopp: Der Unterhaltungswert der CSU ist doch offensichtlich ganz erheblich.»

Günther Beckstein, bayerischer Ministerpräsident a.D.

## Bericht von der 45. Münchner Sicherheitskonferenz

Die 45. Münchner Sicherheitskonferenz vom 6. bis 8. Februar war geprägt von den hohen Erwartungen, die mit dem Amtsantritt von Präsident Barack Obama verbunden sind. Im Zentrum der Diskussionen standen neben der künftigen Entwicklung der transatlantischen Beziehungen die Themen nukleare Abrüstung, der Umgang mit Russland, das Nuklearprogramm des Iran und die Situation in Afghanistan.

Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Rede deutlich gemacht hat, dass für Deutschland die NATO auch künftig der zentrale Baustein der europäischen Sicherheitsarchitektur sein wird. Für die transatlantische Partnerschaft muss sie jedoch noch mehr zum Ort für politische Diskussionen werden. Daher werden wir das 60-jährige NATO-Jubiläum im April auch dazu nutzen, eine Diskussion über die künftige Rolle des atlantischen Bündnisses fortzusetzen und damit den Weg für ein neues strategisches Konzept zu ebnen.

Den hohen Wert der transatlantischen Partnerschaft hat US-Vizepräsident Joseph Biden auch für die neue amerikanische Regierung hervorgehoben. Seine Botschaft war klar: Amerika wird sich künftig mehr in der internationalen Politik engagieren, erwartet im Gegenzug aber auch mehr Unterstützung von seinen Partnern. Er bekräftigte, dass die neue Außenpolitik der USA unter Präsident Obama in Zukunft aus einem Doppelklang aus Dialogbereitschaft und konsequenter Forderung nach internationaler Zusammenarbeit bestehen soll.

Auch der französische Präsident Nicolas Sarkozy unterstrich die Bedeutung der NATO und einer engen transatlantischen Partnerschaft. Dabei unterstützt Deutschland Frankreich in seinem Bestreben, in die militärischen

Strukturen der Allianz zurückzukehren. Dennoch ist es gut und richtig, eine weitere Verstärkung der europäischen Verteidigungspolitik voranzutreiben. Projekte wie die

Deutsch-Französische Brigade haben hier Vorbildcharakter. In diesem Zusammenhang haben Angela Merkel und Nicolas Sarkozy die Stationierung einer Bundesweereinheit in Frankreich verkündet. Dies ist eine Entscheidung, die die deutsch-französische Freundschaft ausdrücken und vertiefen soll.

Die beiden forderten zudem eine verstärkte internationale Kooperation in der Außen- und Sicherheitspolitik, an der neben der USA auch aufstrebende Nationen in Asien und Südamerika teilnehmen sollen. Sie betonten, dass dabei das Konzept der vernetzten Sicherheit, das unter anderem entwicklungs-, wirtschafts- und klimapolitische Ansätze umfasst, die richtige Antwort auf Krisen und Kriege im 21. Jahrhundert ist.



Volker Kauder und Andreas Schockenhoff bei der 45. Münchner Sicherheitskonferenz im Gespräch mit dem neuen amerikanischen Vizepräsidenten Biden

# Terminvorschau

---

13.02.2009

Deutsch-russische Konferenz  
im Auswärtigen Amt

13.02.2009 , 19.30

Bezirksvorstandssitzung der CDU Württemberg-  
Hohenzollern in Riedlingen

14.02.2009 , 15.30

Graduierungsfeier der Zeppelin-Universität,  
Secampus in Friedrichshafen

15.02.2009 , 10.00

Zunftmeisterempfang der OHA mit anschließendem Nar-  
rensprung, Postsaal Altshausen

15.02.2009 , 9.00

Gottesdienst der OHA Narrenbruderschaft Altshausen

16.02.2009 bis 17.02.2009

Klausurtagung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion in Brüssel

18.02.2009 , 10.00 Uhr

Gespräch mit der Bezirks-Senioren-Union Württemberg-  
Hohenzollern

02.03.2009 bis 06.03.2009

Sitzungswoche in Berlin

07.03.2009 , 10.00 Uhr

Bezirksvertreterversammlung zur Aufstellung der Lan-  
desliste zur Bundestagswahl in Pfullendorf

09.03.2009 , 14.30 Uhr

Abgeordnetentag zusammen mit Paul Locherer MdL in  
Leutkirch

16.03.2009 bis 20.03.2009

Sitzungswoche in Berlin

23.03.2009 bis 27.03.2009

Sitzungswoche in Berlin

# Impressum

---



Dr. Andreas Schockenhoff

Mitglied des Deutschen Bundestages  
für den Wahlkreis Ravensburg-Bodensee

Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 11, 11011 Berlin

Tel. 030/ 227-73174

Fax 030/ 227-76955

[www.schockenhoff.de](http://www.schockenhoff.de)

[andreas.schockenhoff@bundestag.de](mailto:andreas.schockenhoff@bundestag.de)